

Vom Janus-Gesicht der Intervention

Der Grazer Sozialpädagoge Joachim Hainzl über Notwendigkeit und Grenzen von Einmischung im öffentlichen Raum.

Das Gespräch führte Hans Peter Graß.



FOTO: JOACHIM HAINZL

„Bei Fragen, die Menschenrechte oder die Rechte von Minderheiten betreffen, haben Plebiszite nichts verloren.“ meint Joachim Hainzl.

Kranich: Joachim Hainzl, Sie beschäftigen sich in Ihrer Arbeit intensiv mit der Frage „Intervention im öffentlichen Raum“. Welche Rolle spielt dabei der Aspekt der Zivilcourage.

Hainzl: Es gibt zwei wichtige Aspekte von Zivilcourage. Der eine betrifft Situationen, in denen ich im öffentlichen Raum einzugreifen versuche, wenn jemand in physischer Not meiner Unterstützung bedarf. Dabei steht der Eigenschutz an vorderster Stelle. Dann gibt es für mich die Pflicht, bei rassistischen Handlungen und anderen Menschenrechtsverletzungen nicht wegzuschauen – z.B. wenn jemand in der Straßenbahn beschimpft oder ein Kind im Kaufhaus geschlagen wird. Weiters gibt es jenen großen Bereich von Handlungen, in denen sich jemand meiner

Meinung nach übergebührend Rechte gegenüber anderen NutzerInnen herausnimmt. Das ist dann jener Bereich, wo man bei sich selber sehr aufpassen muss, dass man nicht zum I-Tüpfel-Reiter wird. Wenn ich mich etwa über einen Autofahrer aufrege, der den Radweg verparkt, dann sollte ich mir klar sein, dass ich selbst vor einigen Tagen verbotenerweise durch den Park gerdelt bin.

Kranich: Welche Rolle fällt da der Kommunalpolitik zu?

Hainzl: Bei vielen meiner Interventionen melde ich mich hinsichtlich des politischen und behördlichen Umgangs mit dem öffentlichen Raum zu Wort. Dass z.B. die lokale und regionale Politik den Grazer Hauptplatzbrunnen zur Alkoholverbotzone erklärt,

während sich am gleichen Platz bei volkstümlichen, subventionierten Events Steirer in Dirndl und Trachtenanzug hemmungslos besaufen können – das geht mit meinem Gerechtigkeitssinn nicht zusammen. Gleiches gilt für alle Bereiche, in denen bestimmte gesellschaftliche Gruppen stigmatisiert, marginalisiert bzw. ausgegrenzt werden wie z.B. bettelnde Menschen, Punks, oder Jugendliche.

Kranich: Gibt es Ihrer Einschätzung nach ein Zuviel oder eher ein Zuwenig an BürgerInnen-Intervention im öffentlichen Raum?

Hainzl: Die Stadt ist ein räumlich begrenztes Gebilde, das zur selben Zeit von Menschen mit unterschiedlichen und teilweise sich gegenseitig störenden Bedürfnissen genutzt wird. So unbefriedigend das sein mag – bei vielen Konflikten kann es darum nur Kompromisslösungen geben. Wer gerne an einem warmen Sommerabend noch länger als erlaubt im Schanigarten zusammensitzen und sich gut unterhalten möchte, versteht dann nicht, warum das ein Problem sein soll. Wenn man dann etwas später im Bett liegt und unter dem Fenster Leute sich lachend und bei lauter Musik unterhalten, kann das gleiche Handeln plötzlich als störend empfunden werden. So verhält es sich bei vielen Themen, wie Autolärm, Kinder in Wohnanlagen, Sport- und Musikveranstaltungen etc. Ich finde es daher wichtig, dass sich BürgerInnen für ihre Interessen einsetzen – wenn dann die Politik ihre Aufgabe im Sinne eines Interessenausgleichs wahrnimmt.

Es kann nicht sein, dass es bloß zu Verlagerungen kommt bzw. bestimmte Gruppen ohne Lobby unter die Räder kommen. Das betrifft z.B. aktuell die Ablehnung des Erstaufnahmezentrums für AsylwerberInnen in Eberau oder BürgerInneninitiativen gegen Obdachlosenunterkünfte oder Moscheen. Gerade etwa bei der Frage eines verfassungsmäßig garantierten Moscheebaus hat z.B. eine BürgerInneninitiative gegen einen Bau oder ängstliche Politiker nichts verloren.

Kranich: Insbesondere in Sicherheitsfragen sind Grenzüberschreitungen problematisch. Wo sehen Sie die Sinnhaftigkeit von BürgerInnen-Beteiligungs-Projekten, die sich z. B. gegen Einbruchskriminalität engagieren und wo kollidieren sie mit dem Gewaltmonopol und dem Recht auf Privatsphäre von einzelnen?

Hainzl: Ich beobachte in den letzten Jahren mehrere Bereiche mit Besorgnis. Zum einen das Aufblühen einer neuen Autoritätsgläubigkeit. Das heißt: Es werden fast nur mehr Personen in Uniformen, seien es private, gewinnorientierte Securityunternehmen oder städtische Ordnungswachen, für Konfliktbereiche im öffentlichen Raum eingesetzt. Dabei wird vorrangig auf Überwachen und Strafen gesetzt. Für mich als Sozialpädagogen ist diese Renaissance „schwarzer Pädagogik“ bei gleichzeitiger Abwertung der Arbeit von SozialarbeiterInnen, StreetworkerInnen und anderen ProfessionalistInnen sehr bedenklich. Da ich privatisierte Sicherheit ablehne, bin ich klar für ein Gewaltmonopol des Staates. Wenn aber mein Staat mich in Form von Überwachungskameras und anderer „generalpräventiver“ Maßnahmen einem Generalverdacht aussetzt, fühle ich mich von diesem nicht geschützt, sondern in meiner Privatsphäre massiv bedroht. Und wenn ein Steiermärkisches Landessicherheitsgesetz Verstöße gegen die „Schicklichkeit“ als Sicherheitsgefahr ansieht, dann bin ich zwar immer noch für das Gewaltmonopol, aber gleichzeitig für eine andere Politik.

Was ich strikt ablehne, ist die Geschäftemacherei mit Ängsten. Menschen zu verunsichern bzw. aus den Befürchtungen verunsicherter Personen Kapital zu schlagen, finde ich verwerflich. Sieht man sich z.B. Websites diverser Nachbarschaftsinitiativen an, ist klar ersichtlich, dass es sich um kommerzielle, gesponserte Werbepattformen von Sicherheitsfirmen und Securitydiensten handelt. Kurz gesagt: Nachbarschaftshilfe ja – fahrlässige Verunsicherung nein.

Kranich: Lässt sich der öffentliche Raum demokratisieren? Gibt es diesbezüglich Projekte, die nicht auf Ressentiments, Ausgrenzung oder Vernaderung basieren?

Hainzl: Klar gibt es Gemeinwesenarbeit und Konfliktvermittlungsverfahren mit vielfältigen Erfahrungen dazu. Aber solche Projekte

dauern lange, haben keine klaren Gewinner oder Verlierer, fordern von allen Verständnis und Entgegenkommen ein und erzielen kaum spektakuläre Ergebnisse. Nehmen wir ein simples Beispiel: im Grazer Volkspark gibt es einen obdachlosen Mann aus einem afrikanischen Staat, mit dem eine Kommunikation schwierig erscheint. Er ist täglich vor dem Eingang zu einer Kirche, redet sehr laut mit sich selbst, geht unaufhörlich auf und ab und schläft nächtens direkt vor der Kirchentür. Die Nachbarschaft stört dies, sie bringt die Stadt dazu, alle Bänke in der Nähe, auf denen er vorher gesessen ist, zu versetzen. Inzwischen werden ihm seine Pappkartons zum Schlafen weggenommen. Hier stört eine Person und sie verursacht bei vielen Nachbarn teilweise nachvollziehbares Unbill. Wenn man diesen Mann nicht vertreiben möchte, wird es von beiden Seiten Verständnis und Zeit und Engagement bedürfen. Ob das möglich ist, wird sich zeigen.

Grundsätzlich basiert Vernaderung auf einer Ohnmacht. Wenn sich niemand um das Fahrverbot in meiner Straße kümmert, werde ich vermutlich die Nummern der Autos notieren, wenn niemand die Drogendealer vor meiner Haustüre vertreibt, werde ich vermutlich eine Nachbarschaftsinitiative gründen und wenn ich Angst habe, dass „ausländische Täter“ bei mir einbrechen, werde ich jeden, der nur etwas „ausländisch“ aussieht, feindselig betrachten. Die beste Prävention ist es daher, die Bedürfnisse, Ängste und Sorgen von Menschen ernst zu nehmen. Aber auch, sie wie Erwachsene zu behandeln und ihnen klar zu sagen, dass es weder 100%ige Sicherheit geben kann noch einfache Lösungen in Form simpler Ausgrenzungen oder Vertreibungen.

Kranich: Wir danken für das Gespräch.

Joachim Hainzl ist Sozialpädagoge und -historiker und Obmann von XENOS – Verein zur Förderung der soziokulturellen Vielfalt. Er beschäftigt sich seit über 15 Jahren mit Konflikten im öffentlichen Raum, Sozialdisziplinierungs- und Rassismuskursen. Er veranstaltet unter anderem Schulworkshops und Weiterbildungen für NGOs, die Stadt Graz u.a. Daneben künstlerische Tätigkeiten, v.a. Installationen im öffentlichen Raum (etwa 2007 „Pecunia non olet“ zu bürgerlichen Sauberkeits- und Ordnungsfantasien).